

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des	Präsidiums
für	den Konvent

<u>Betr.:</u>	Teil I Titel IV (Organe)
	– Überarbeiteter Text

Die Konventsmitglieder haben am 26. Mai einen überarbeiteten Textentwurf von Teil I der Verfassung erhalten (Dok. CONV 724/03). In dem diesem Dokument vorangestellten Übermittlungsvermerk wird erläutert, warum die Artikel über die Organe (Titel IV) als einzige unverändert beibehalten wurden; des Weiteren wird der Konvent darüber informiert, dass das Präsidium zu einem späteren Zeitpunkt eine überarbeitete Fassung dieser Artikel vorlegen wird.

In Anbetracht der Tatsache, dass die vorgelegten Bemerkungen und Änderungsvorschläge sehr unterschiedlicher Art sind und in ihnen widersprüchliche Positionen vertreten werden, ist das Präsidium der Auffassung, dass es weitere Informationen benötigt, die es bei seinen Überlegungen und bei der Ausarbeitung eines Vorschlags, der als Grundlage für einen Konsens dienen könnte, unterstützend heranziehen kann. Deshalb hat es beschlossen, dass der Vorsitzende und der Stellvertretende Vorsitzende mit jeder der Gruppen, aus denen sich der Konvent zusammensetzt, Konsultationsgespräche führen werden.

Damit in diesen Konsultationsgesprächen und der daran anschließenden Erörterung im Konvent gezielt die wichtigsten Fragen behandelt werden können, hat das Präsidium beschlossen, einen überarbeiteten Text von Teil I Titel IV vorzulegen, der eine Reihe von Änderungen und Korrekturen beinhaltet, die aufgrund von Vorschlägen von Konventsmitgliedern vorgenommen wurden. Diese überarbeitete Fassung soll lediglich der vorbereitenden Klärung einiger Fragen dienen: Die Änderungen betreffen eine Reihe von Punkten, bei denen entweder keine wirklich unterschiedlichen Standpunkte bestehen oder bei denen Verbesserungen vorgenommen werden können, ohne die zentralen Fragen zu berühren.

In den Kommentaren zu den Artikeln sind einige zentrale Bestimmungen, zu denen das Präsidium zum jetzigen Zeitpunkt keine überarbeitete Textfassung vorlegt, durch **Fettdruck** und mit Stern (*) gekennzeichnet. (Dies soll selbstverständlich nicht bedeuten, dass dies die einzig Bestimmungen sind, zu denen das Präsidium im Rahmen der Konsultationsgespräche die Ansichten der einzelnen Teilnehmergruppen des Konvents zu hören wünscht).

Angesichts der Tatsache, dass die zentralen Fragen speziell die Funktionsweise der wichtigsten Organe der Union betreffen, ist dem Präsidium bewusst, dass einige dieser Fragen über den Inhalt bestimmter Artikel hinausgehen und in einigen Fällen auch außerhalb des Anwendungsbereichs des Titels über die Organe liegen (zum Beispiel könnte ein Beschluss, in dem die qualifizierte Mehrheit definiert wird, sich in einigen Fällen auf Beschlüsse über den Anwendungsbereich der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auswirken).

Das Präsidium erinnert daran, dass im Konvent während der im Januar geführten Debatte über die Organe der Vorschlag breite Unterstützung fand, sich bei der Erörterung dieser Frage von einer Reihe von Grundprinzipien leiten zu lassen: Notwendigkeit, die Effizienz aller Organe zu verbessern, Erfordernis eines institutionellen Gleichgewichts, Anerkennung der Tatsache, dass eine Verbesserung der Effizienz jedes einzelnen Organs für alle Organe hilfreich ist, sowie das Grundprinzip, dass sowohl die Gleichheit der Bürger als auch die Gleichheit der Mitgliedstaaten geachtet werden müssen.

Der Vorsitzende und der Stellvertretende Vorsitzende werden im Namen des Präsidiums am 4. Juni mit jeder der Teilnehmergruppen des Konvents Konsultationsgespräche führen, und das Präsidium wird sich unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Konsultationen noch einmal mit den Artikeln befassen, die zentrale Fragen betreffen; im Anschluss daran wird es die in dem beiliegenden Text enthaltenen Änderungsvorschläge um weitere Änderungsvorschläge ergänzen.

TEIL I DER VERFASSUNG

TITEL IV: DIE ORGANE DER UNION

Kapitel I - Institutioneller Rahmen

Artikel I-18: Die Organe der Union

(1) Die Union verfügt über einen einheitlichen institutionellen Rahmen, mit dem angestrebt wird,

- die Ziele der Union zu verfolgen,
- ihren Werten Geltung zu verschaffen,
- den Interessen der Union, ihrer Bürger und ihrer Mitgliedstaaten zu dienen

und die Kohärenz, Effizienz und Kontinuität der Politik der Union und der von ihr zur Erreichung ihrer Ziele getroffenen Maßnahmen sicherzustellen.

(2) Zu diesem institutionellen Rahmen gehören

das Europäische Parlament,
der Europäische Rat,
der Ministerrat,
die Europäische Kommission,
der Gerichtshof [~~der Europäischen Union,~~]
~~die Europäische Zentralbank und~~
~~der Rechnungshof.~~

(3) Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in der Verfassung zugewiesenen Befugnisse nach den Verfahren und unter den Bedingungen, die in der Verfassung festgelegt sind. Die Organe arbeiten loyal zusammen.

Kommentar:

Zur Liste der Organe hat es verschiedene Gruppen von Änderungsvorschlägen seitens der Mitglieder des Konvents gegeben; einige wünschten, dass die Bezugnahme auf den Europäischen Rat von der Liste gestrichen wird; andere wünschten eine andere Anordnung, bei der der Europäische Rat oben stehen würde. Mehrere Vorschläge gingen dahin, den Titel "Ministerrat" in entweder einfach "Rat" oder "Rat der Europäischen Union" zu ändern.

Es gab auch einen Vorschlag, die EZB von der Liste der Organe zu streichen. Das Präsidium schlägt vor, den Artikel über die EZB in diesem Titel zu belassen, aber zusammen mit dem über den Rechnungshof in einem gesonderten Kapitel mit der Überschrift "Sonstige Organe und Einrichtungen". Die Hauptorgane fänden sich dann unter einem ersten Kapitel mit der Überschrift "Institutioneller Rahmen".

Das Präsidium ist sich darin einig, dass dem Vorschlag (Barnier + Vitorino), den EGH einfach als "den Gerichtshof" zu bezeichnen, entsprochen werden sollte.

Artikel I-19: Das Europäische Parlament

(1) Das Europäische Parlament wird gemeinsam mit dem Rat als Gesetzgeber tätig; es **funktiert ferner als Haushaltsbehörde und** erfüllt Aufgaben der politischen Kontrolle und Beratungsaufgaben nach Maßgabe der Verfassung. Es wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission.

(2) Das Europäische Parlament wird von den europäischen Bürgern für eine Amtszeit von fünf Jahren im Rahmen allgemeiner, freier und geheimer Wahlen direkt gewählt. Die Anzahl seiner Mitglieder darf 700 nicht überschreiten. Die europäischen Bürger sind im Europäischen Parlament degressiv proportional, mindestens jedoch mit vier Mitgliedern je Mitgliedstaat vertreten.

(3) Das Europäische Parlament wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium ~~für einen Zeitraum von fünf Jahren.~~

Kommentar:

*Zu Artikel 15 gab es viele Änderungsvorschläge und Bemerkungen. Meist wurde vorgeschlagen, hier einfach die Bestimmungen von Nizza über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments wiederzugeben. Die vorgeschlagene Obergrenze von 700 wurde kritisiert und mehrere Änderungsvorschläge zielen darauf ab, wieder zur Zahl von 732 zurückzukehren. **

Das Präsidium schlägt vor, dem Antrag vieler Konventsmitglieder (Brok und 27 andere, Farnleitner, Kiljunen, Lopes, Muscardini, Santer, de Vries, Michel, Papandreou, Roche, Voggenhuber, Barnier, Vitorino) zu entsprechen, die wünschen, dass eine Bezugnahme auf die Zuständigkeit des Parlaments für den Haushalt aufgenommen wird.

Das Präsidium schlägt vor, dem Änderungsvorschlag von Frau Giannakou zu Absatz 3 zu entsprechen, keinen Fünfjahreszeitraum für den Präsidenten und das Präsidium des EP vorzusehen (die bisher übliche Amtszeit des Präsidenten beträgt zweieinhalb Jahre).

Die letzte zu Absatz 2 vorgeschlagene Änderung (sie betrifft nur die französische Fassung) ist rein sprachlicher Natur und vereinfacht den Text.

Artikel I-20: Der Europäische Rat

- (1) Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt ihre Zielvorstellungen und ihre allgemeinen politischen Prioritäten fest.
- (2) Der Europäische Rat setzt sich zusammen aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie den Präsidenten des Europäischen Rates und der Kommission. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten nimmt an den Beratungen teil.
- (3) Der Europäische Rat tritt in vierteljährlichem Abstand zusammen; er wird von seinem Präsidenten einberufen. Wenn es die Tagesordnung erfordert, können die Mitglieder des Rates beschließen, sich von einem Minister oder - im Fall des Präsidenten der Kommission - von einem Mitglied der Kommission unterstützen zu lassen. Wenn es die Lage erfordert, beruft der Präsident eine außerordentliche Tagung des Europäischen Rates ein.
- (4) Soweit in der Verfassung nichts anderes festgelegt ist, entscheidet der Europäische Rat durch Konsens.

Kommentar:

Das Sekretariat hat eine Reihe von Änderungsvorschlägen zu dem Vorschlag des Präsidiums betreffend die Ersetzung des rotierenden Vorsitzes im Europäischen Rat durch eine andere Regelung erhalten. *

Eine Reihe anderer Änderungsvorschläge betreffen die Frage der Teilnahme an den Beratungen des Europäischen Rates. Einige Mitglieder des Konvents wünschen beispielsweise, dass die Außenminister weiterhin in jedem Fall Mitglied sind.

Eine dritte Gruppe von Änderungsvorschlägen betrifft den Titel des Präsidenten des Europäischen Rates. Einige schlagen vor, ihn in Englisch als "Chairman" und in Deutsch als "Vorsitzender" wiederzugeben. Dieser Vorschlag könnte vielleicht noch eingehender geprüft werden. Dabei sollte jedoch berücksichtigt werden, dass für die anderen Artikel des Verfassungsentwurfs, die beispielsweise die Präsidentschaft der Kommission oder des Parlaments betreffen, kein alternativer Begriff zu "Präsident" vorgeschlagen wurde. Könnte das Wort "Président" im Französischen je nach Artikel der Verfassung unterschiedlich ins Englische oder Deutsche übersetzt werden?

Artikel I-21: Der Präsident des Europäischen Rates

(1) Der Präsident des Europäischen Rates wird vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren gewählt; er kann einmal wieder gewählt werden. ~~Er muss Mitglied des Europäischen Rates sein oder ihm mindestens zwei Jahre lang angehört haben.~~ Im Falle schwerwiegender Hinderungsgründe kann der Europäische Rat ihn im Wege des gleichen Verfahrens von seinem Amt entbinden.

(2) Der Präsident des Europäischen Rates führt den Vorsitz und leitet die Beratungen des Europäischen Rates, für deren Vorbereitung und Kontinuität er sorgt. Er wirkt darauf hin, dass Zusammenhalt und Konsens im Europäischen Rat gefördert werden. Er legt dem Europäischen Parlament im Anschluss an jede Tagung des Europäischen Rates einen Bericht vor.

Der Präsident des Europäischen Rates nimmt **kraft dessen** auf seiner Ebene **unbeschadet der Zuständigkeiten des Präsidenten der Kommission und des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten** die Außenvertretung der Union ~~in Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik~~ wahr.

(3) Der Europäische Rat kann ~~durch Konsens~~ beschließen, aus seinen Reihen ein Präsidium zu bestimmen, das aus drei nach einem ausgewogenen Rotationssystem ausgewählten Mitgliedern besteht.

(4) Der Präsident des Europäischen Rates darf keinem anderen europäischen Organ angehören und kein einzelstaatliches Amt innehaben.

Kommentar:

Wie im Falle von Artikel 16 hat es eine Reihe von Änderungsvorschlägen zu dem Vorschlag des Präsidiums betreffend die Ersetzung des rotierenden Vorsitzes im Europäischen Rat durch eine andere Regelung gegeben. *

Einige Mitglieder des Konvents (Andriukaitis, Hain, Thorning-Schmidt, Van Lancker) bezweifelten die Notwendigkeit der Nennung dieser Kriterien für den Präsidenten des Europäischen Rates. Das Präsidium schließt sich dem nach nochmaliger Überlegung an.

Die Bezugnahme auf die Aufgaben des Präsidenten des Europäischen Rates in der Welt hat eine Reihe von Bemerkungen hervorgerufen, insbesondere zum Problem einer möglichen Überschneidung mit den Aufgaben des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten und dem Präsidenten der Kommission (Christophersen, Fischer, Hübner, de Villepin, Severin, Teufel). Das Präsidium ist damit einverstanden, diesen Bedenken durch eine Änderung des Absatzes 2 Unterabsatz 2 Rechnung zu tragen.

Viele Mitglieder des Konvents hatten gewisse Bedenken, dass eine "neue Bürokratie" im Dienste des Europäischen Rates geschaffen würde, die sich mit derjenigen der Kommission überschneiden würde. Um dem Rechnung zu tragen, enthält der vorgeschlagene Artikel über den Europäischen Rat in Teil III (Artikel III-239) einen Hinweis darauf, dass der Europäische Rat vom Generalsekretariat des Rates unterstützt wird.

In Absatz 3 erübrigt sich die Angabe der Abstimmungsvorschriften für den Europäischen Rat, für die zwangsläufig, sofern nichts anderes festgelegt wurde, die allgemeinen Vorschriften des Artikels 16 Absatz 4 zur Beschlussfassung im Konsens gelten.

Es hat eine Reihe von Änderungsvorschlägen gegeben, in denen die Streichung des Absatzes 4 verlangt wurde, nach dem der Präsident des Europäischen Rates "keinem anderen europäischen Organ angehören" darf. Das Präsidium hat hier vorerst noch keine Änderung vorgenommen.

Artikel I-22: Der Ministerrat

- (1) Der Ministerrat wird gemeinsam mit dem Europäischen Parlament als Gesetzgeber tätig **und übt die Haushaltsbefugnisse aus**; er erfüllt ferner Aufgaben der Politikfestlegung und der Koordinierung nach Maßgabe der Verfassung.
- (2) Der Ministerrat besteht aus je einem von jedem Mitgliedstaat auf Ministerebene ernannten Vertreter für jede seiner Zusammensetzungen. Dieser Vertreter ist als Einziger befugt, für den Mitgliedstaat, den er vertritt, verbindlich zu handeln und das Stimmrecht auszuüben.
- (3) Soweit in der Verfassung nichts anderes festgelegt ist, beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit.

Kommentar:

Das Präsidium erklärt sich mit dem von einigen Konventsmitgliedern (Michel, de Vries, Santer, Barnier, Vitorino, Papandreou, Vanhanen, Balázs, Korhonen) unterbreiteten Vorschlag einverstanden, in Absatz 1 eine Bezugnahme auf die Haushaltsbefugnisse des Rates hinzuzufügen.

In einigen Änderungsvorschlägen (de Villepin, Balázs, Korhonen, Teufel, Vanhanen) wurden Änderungen in Bezug auf Absatz 2 vorgeschlagen, die in einigen Fällen darauf abzielten zu verhindern, dass die Vertretung im Rat auf die Minister auf nationaler Ebene beschränkt wird. Anderen Änderungsvorschlägen zufolge sollte dieser Absatz wortgetreu den Text des derzeitigen Artikels 203 widerspiegeln. Mit dem vorliegenden Textentwurf soll die Vertretung der Mitgliedstaaten im Rat nicht beschränkt werden, und daher wird vorgeschlagen, keine Änderung daran vorzunehmen.

Artikel I-23: Die Zusammensetzungen des Rates

- (1) Der Rat "Allgemeine Angelegenheiten" gewährleistet die Kohärenz der Arbeiten des Ministerrates. Er bereitet unter Beteiligung der Kommission die Tagungen des Europäischen Rates vor.
- (2) Nach Maßgabe der Verfassung berät der Gesetzgebungsrat über die Europäischen Gesetze und die Europäischen Rahmengesetze und beschließt sie gemeinsam mit dem Europäischen Parlament. **Die Vertretung jedes Mitgliedstaates im Gesetzgebungsrat wird entsprechend den Punkten auf der Tagesordnung des Rates von einem Vertreter auf Ministerebene und einem oder zwei Vertretern derselben Ebene mit einschlägigen Fachkenntnissen wahrgenommen.**
- (3) Der Rat "Auswärtige Angelegenheiten" formuliert die Außenpolitik der Union gemäß den strategischen Vorgaben des Europäischen Rates und gewährleistet die Kohärenz ihres Handelns. Den Vorsitz führt der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Union.
- (4) Der Rat tritt außerdem in der Zusammensetzung des Rates "Wirtschaft und Finanzen" und des Rates "Justiz und Sicherheit" zusammen.
- (5) Der Rat kann in der Zusammensetzung "Allgemeine Angelegenheiten" beschließen, dass der Rat in anderen Zusammensetzungen zusammentritt.

(6) Der Europäische Rat kann ~~durch Konsens~~ beschließen, dass der Vorsitz in einer Zusammensetzung des Ministerrates mit Ausnahme der Zusammensetzung "Auswärtige Angelegenheiten" für die Dauer von mindestens einem Jahr von einem Mitgliedstaat wahrgenommen wird, wobei das politische und geografische Gleichgewicht in Europa und die Verschiedenheit der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen sind.

Kommentar:

Der Vorschlag, einen Gesetzgebungsrat zu schaffen, und insbesondere sein Modus operandi gab Anlass zu zahlreichen Kommentaren und Reaktionen. Mehrere Konventsmitglieder äußerten Zweifel hinsichtlich der vorgeschlagenen Bestimmung, wonach "Fachminister", die auf einzelstaatlicher Ebene häufig großes politisches Gewicht haben (Finanzminister, Justizminister), nicht an den sie betreffenden Tagungen des Gesetzgebungsrates teilnehmen und den Vertreter auf Ministerebene, der den Standpunkt des Mitgliedstaates vertreten würde, lediglich "unterstützen" würden. Um diesem Anliegen Rechnung zu tragen, wird eine Umformulierung des letzten Satzes vorgeschlagen. Im Rahmen der anstehenden Konsultationen werden gewiss noch andere Aspekte zur Sprache gebracht werden.

Mehreren Änderungsvorschlägen zufolge sollte in Absatz 3 der Hinweis darauf gestrichen werden, dass der Minister für auswärtige Angelegenheiten im Rat "Auswärtige Angelegenheiten" den Vorsitz führt (Barnier, Bonde, Einem, Helle, Palacio). Es stimmt zwar, dass es für den Minister schwierig wäre, den Vorsitz im Rat zu führen und gleichzeitig seine Vorschläge zu verfechten, aber dies ist weitgehend theoretisch aufgrund des besonderen Status des Ministers innerhalb der Kommission und der Tatsache, dass seine Zuständigkeit für GASP-Fragen eigentlich vom Rat ausgeht. Würde dem Minister diese Rolle nicht übertragen, so würde seine Fähigkeit, in der Welt als einziger Vertreter der Außenpolitik der Union aufzutreten, untergraben, da der Rat "Auswärtige Angelegenheiten" einen getrennten Vorsitz haben würde.

In Absatz 6 hat die vorgeschlagene Änderung lediglich redaktionellen Charakter (die Bezugnahme auf den Konsens ist unnötig, da sie in Artikel 17 Absatz 3 als allgemeine Abstimmungsregel für den Rat festgelegt ist.)

In der derzeitigen Fassung des Entwurfs von Absatz 6 ist vorgesehen, dass der Europäische Rat Beschlüsse über den Vorsitz der Zusammensetzungen des Rates fasst. In vielen Änderungsvorschlägen wird die allgemeine Frage des künftigen Rhythmus des turnusmäßigen Wechsels des Ratsvorsitzes aufgeworfen. *

Artikel I-24: Die qualifizierte Mehrheit

- (1) Beschließt der Europäische Rat bzw. der Rat mit qualifizierter Mehrheit, so muss diese der Mehrheit der Mitgliedstaaten entsprechen und mindestens drei Fünftel der Bevölkerung der Union repräsentieren.
- (2) Der Präsident des Europäischen Rates und der Präsident der Kommission nehmen an den Abstimmungen im Europäischen Rat nicht teil.

Kommentar:

In einigen Änderungsvorschlägen wurde nahe gelegt, die Abstimmungsmodalitäten der derzeitigen Verträge (Nizza) beizubehalten und diesen Artikel entsprechend zu ändern. *

Auf der Plenartagung schlugen mehrere Konventsmitglieder zudem vor, dass in die Verfassung eine geltende Bestimmung übernommen werden sollte, durch die die qualifizierte Mehrheit (auf zwei Drittel der Mitgliedstaaten, wie in Nizza vereinbart angehoben wird), wenn der Rat einen Beschluss nicht auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags (sondern auf die Initiative eines Mitgliedstaates oder einer Gruppe von Mitgliedstaaten hin) fasst. Das Präsidium ist damit einverstanden, will jedoch im Lichte der anstehenden Konsultationen auf die Definition von Mehrheit zurückkommen.

Artikel I-25: Die Europäische Kommission

- (1) Die Europäische Kommission ~~wahrt~~ **fördert** die allgemeinen europäischen Interessen **und ergreift entsprechende Initiativen zu diesem Zweck**. Sie trägt für die Anwendung der Bestimmungen der Verfassung sowie der von den Organen kraft der Verfassung angenommenen Bestimmungen Sorge. Sie nimmt außerdem nach Maßgabe der Verfassung Koordinierungs-, Durchführungs- und Verwaltungsaufgaben wahr.
- (2) Soweit in der Verfassung nichts anderes festgelegt ist, kann ein Rechtsakt der Union nur auf Vorschlag der Kommission angenommen werden.
- (3) Die Kommission besteht aus einem Präsidenten und höchstens vierzehn weiteren Mitgliedern. Ihnen können delegierte Mitglieder der Kommission zur Seite gestellt werden. **Dies gelangt nicht vor dem 1. November 2009 zur Anwendung.**
- (4) Die Kommission übt ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit aus. Die Mitglieder der Kommission dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen.
- (5) Die Kommission ist als Kollegium dem Europäischen Parlament verantwortlich. Dieses kann gemäß Artikel III-238 der Verfassung ein Misstrauensvotum gegen die Kommission aussprechen. Wird ein solches Misstrauensvotum ausgesprochen, so müssen die Mitglieder der Kommission geschlossen ihr Amt niederlegen. **Sie Die Kommission** führt die laufenden Geschäfte bis zur Ernennung ~~ihrer Nachfolger~~ **eines neuen Kollegiums** weiter.

Kommentar:

Eine große Zahl von Änderungsvorschlägen zu diesem Artikel betrifft die in Absatz 3 festgelegte Zusammensetzung der Kommission. In den meisten Vorschlägen wird entweder empfohlen, auf die einschlägigen Bestimmungen des Vertrags von Nizza zurückzugreifen oder auf Dauer ein Kommissionsmitglied pro Mitgliedstaat vorzusehen.*

In Absatz 1 schlägt das Präsidium vor, den Vorschlag von Herrn Barnier, Herrn Vitorino, Herrn Lopes, Herrn de Vries, Herrn Santer und Herrn Michel, die Festlegung der Rolle der Kommission zu ändern, zu akzeptieren.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Formulierung von Absatz 2 nicht korrekt ist, da er implizit einen Kommissionsvorschlag auch in den Fällen vorschreibt, in denen Organe Rechtsakte auf eigene Initiative erlassen kann. Das Präsidium wird seinen Textvorschlag zu diesem Absatz nach Einholung juristischen Rats überarbeiten.

Mit der Änderung von Absatz 3 wird der Text klarer formuliert.

Es wird vorgeschlagen, einen Vorschlag mehrerer Konventsmitglieder zu akzeptieren, wonach Artikel 18a Absatz 3 geringfügig geändert und als letzter Absatz von Artikel 18 vorgesehen werden sollte. Das Präsidium hat außerdem geringfügige Verbesserungen der Formulierung vorgeschlagen.

Artikel I-26: Der Präsident der Europäischen Kommission

(1) Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament unter Berücksichtigung der Wahlen zum Europäischen Parlament mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor. Das Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Erhält dieser Kandidat nicht die Mehrheit, schlägt der Europäische Rat dem Europäischen Parlament innerhalb eines Monats einen neuen Kandidaten vor, wobei dasselbe Verfahren wie zuvor angewandt wird.

(2) Jeder Mitgliedstaat erstellt eine Liste von drei Personen, darunter mindestens eine Frau, die er für geeignet erachtet, das Amt eines Mitglieds der Europäischen Kommission auszuüben. Aus dem Kreis dieser Personen benennt der gewählte Präsident unter Berücksichtigung des politischen und geografischen Gleichgewichts in Europa bis zu dreizehn Persönlichkeiten, die aufgrund ihrer Kompetenz und ihres Engagements für Europa ausgewählt werden und die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten, als Mitglieder der Kommission. Der Präsident und die als Mitglieder der Kommission benannten Persönlichkeiten **einschließlich des künftigen Ministers für auswärtige Angelegenheiten** stellen sich als Kollegium dem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments. **Die Amtszeit der Kommission beträgt fünf Jahre.**

(3) Der Präsident der Kommission legt die Leitlinien fest, nach denen die Kommission ihre Aufgaben ausübt. Er beschließt über ihre interne Organisation, um die Kohärenz, die Effizienz und das Kollegialitätsprinzip im Rahmen ihrer Tätigkeit sicherzustellen. Er ernennt die stellvertretenden Präsidenten aus dem Kreis der Mitglieder der Kommission. **Ein Mitglied der Kommission legt sein Amt nieder, wenn es vom Präsidenten dazu aufgefordert wird.**

(4) Der Präsident kann delegierte Mitglieder der Kommission ernennen, bei deren Auswahl dieselben Kriterien wie bei den Mitgliedern der Kommission zugrundegelegt werden. Ihre Anzahl darf die Anzahl der Mitglieder der Kommission nicht übersteigen.

Kommentar:

Zu diesem Artikel wurden mehrere Änderungsvorschläge vorgelegt. Die meisten betreffen insbesondere die Zahl der Kommissionsmitglieder sowie den Vorschlag, "delegierte Mitglieder der Kommission" einzuführen (Absätze 2 und 4). *

Darüber hinaus äußerten mehrere Konventsmitglieder Bedenken hinsichtlich des am Anfang von Absatz 2 vorgesehenen Verfahrens.

Mehrere Konventsmitglieder (Brok, Berger, Barnier, Papandreou) sprachen sich dafür aus, ausdrücklich vorzusehen, dass der Minister für auswärtige Angelegenheiten zu den Personen zählt, die sich gemeinsam dem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments stellen.

Das Präsidium ist damit einverstanden, den Vorschlag aufzugreifen, wonach in Absatz 2 vorgesehen werden sollte, dass die Amtszeit der Kommission und ihres Präsidenten fünf Jahre beträgt (Änderungsvorschläge von Brok und 31 weiteren Konventsmitgliedern, Meyer, Stockton, Svensson, de Villepin, Giannakou).

Desgleichen wird ein Vorschlag aufgegriffen, der im Konvent große Zustimmung fand (siehe Barnier, Vitorino, Papandreou, Attalides, Farnleitner, Duff, Hübner, Kiljunen, Liepina, Lopes, McAvan, Santer, Michel, de Vries); diesem Vorschlag zufolge sollten die Befugnisse des Präsidenten der Kommission dadurch erweitert werden, dass eine Bestimmung aus dem Vertrag von Nizza aufgenommen wird, wonach er ein Kommissionsmitglied zum Rücktritt auffordern kann (derzeitiger Artikel 217 Absatz 4). Um die Beschlussfassungsautonomie des Kommissionspräsidenten zu stärken, wird jedoch vorgeschlagen, die nach dem derzeitigen Artikel 217 Absatz 4 erforderliche Billigung des Kollegiums nicht mehr vorzusehen.

Artikel I-27: Der Minister für auswärtige Angelegenheiten

- (1) Der Europäische Rat ernennt mit qualifizierter Mehrheit mit Zustimmung des Präsidenten der Kommission den Minister für auswärtige Angelegenheiten der Union. Dieser leitet die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union. **Der Europäische Rat kann das Mandat des Ministers für auswärtige Angelegenheiten nach dem gleichen Verfahren beenden.**
- (2) Der Minister für auswärtige Angelegenheiten trägt durch seine Vorschläge zur Festlegung der gemeinsamen Außenpolitik bei und führt sie im Auftrag des Rates durch. Er handelt ebenso im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
- (3) Der Minister für auswärtige Angelegenheiten ist einer der stellvertretenden Präsidenten der Europäischen Kommission. Er ist mit den Außenbeziehungen und der Koordinierung der übrigen Aspekte des außenpolitischen Handelns der Union betraut. Bei der Wahrnehmung dieser Zuständigkeiten in der Kommission und ausschließlich im Hinblick auf diese Zuständigkeiten unterliegt er den Verfahren, die für die Arbeitsweise der Kommission gelten.

Kommentar:

Eine Vielzahl von Änderungsvorschlägen betrifft den Titel dieses Artikel. Die geeignetsten Optionen lauten wie folgt: "Sekretär der Union", "Vertreter der Europäischen Union für auswärtige Angelegenheiten" oder "Hohes Kommissionsmitglied".

Mehrere Mitglieder des Konvents verlangten die Aufnahme eines Hinweises auf die Beendigung des Mandats des Ministers für auswärtige Angelegenheiten. Das Präsidium ist sich darin einig, dass ein diesbezüglicher Vorschlag von Herrn de Villepin in geänderter Form übernommen werden sollte (Absatz 1).

Artikel I-28: Der Gerichtshof

- (1) **Der Gerichtshof gewährleistet die Achtung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung der Verfassung. Zum Gerichtshof gehören auch das Gericht und Fachgerichte.**

Die Mitgliedstaaten schaffen die erforderlichen Rechtsbehelfe, damit ein wirksamer Rechtsschutz auf dem Gebiet des Unionsrechts gewährleistet ist.

(2) Der Gerichtshof besteht aus einem Richter je Mitgliedstaat und wird von Generalanwälten unterstützt. Das Gericht besteht aus mindestens einem Richter je Mitgliedstaat; die Zahl der Richter wird in der Satzung des Gerichtshofs festgelegt. Als Richter **und Generalanwälte** des Gerichtshofs und als Richter des Gerichts sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und die die Voraussetzungen gemäß den Artikeln III-256 bis III-257 erfüllen; sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt. Die Wiederernennung ausscheidender Mitglieder ist zulässig.

(3) Der Gerichtshof entscheidet

- über Klagen eines Mitgliedstaats, eines Organs oder juristischer oder natürlicher Personen gemäß **den Bestimmungen von Teil III**,
- im Wege der Vorabentscheidung auf Antrag der einzelstaatlichen Gerichte über die Auslegung des Unionsrechts oder über die Gültigkeit der Handlungen der Organe;
- über alle anderen in der Verfassung vorgesehenen Fälle.

Kommentar:

Es wurden mehrere Änderungsvorschläge eingereicht, denen zufolge der Gedanke gestärkt werden sollte, dass der Gerichtshof gleichzeitig ein Organ der Union und ein Gericht ist. Einige Konventionsmitglieder wünschten, dass verdeutlicht wird, dass der Gerichtshof als Organ den Gerichtshof und das Gericht umfasst (de Villepin, Michel, Severin). Andere wünschten, dass auch die Fachgerichte einbezogen werden (Balázs + 8, Vitorino, Azevedo + 1, Papandreou, Fini, Hjelm-Wallén + 5, Kiljunen, Severin). Beide Vorschläge werden aufgegriffen.

Was das Verfahren zur Ernennung der Richter und Generalanwälte am Gerichtshof anbelangt, so schlugen einige Konventsmitglieder vor, dass der Rat mit qualifizierter Mehrheit nach Zustimmung des Europäischen Parlaments hierüber beschließen sollte (Brok + 26, Borrell + 2, McAvan, Voggenhuber + 4). Bezüglich der Amtszeit waren zahlreiche Konventsmitglieder der Auffassung, dass eine längere Amtszeit, nach der keine Wiederernennung zulässig wäre, die Unabhängigkeit der Mitglieder des Gerichtshofs stärken würde. Einige Konventsmitglieder schlugen eine einmalige Amtszeit von zwölf Jahren vor während zahlreiche Konventsmitglieder eine einmalige Amtszeit von neun Jahren anregten (Andriukaitis + 2, Berger, Duff + 6, Duhamel + 2, Einem, Haenel, Azevedo, McAvan, De Villepin, Oleksy, Paciotti, Queiró). Bei den Beratungen des Arbeitskreises und den Diskussionen auf der Plenartagung zeigte sich jedoch, eine große Zahl von Konventsmitglieder die Beibehaltung des derzeitigen Ernennungsverfahrens und der gegenwärtigen Amtszeit für Richter vorzieht. Das Präsidium empfiehlt dies ebenfalls.

Das Präsidium hat eine Änderung des Absatzes 3 vorgeschlagen, um diesen allgemeiner zu gestalten. Damit wird mehreren unterschiedlichen Formulierungsvorschlägen von Konventsmitgliedern entsprochen.

Kapitel II - Sonstige Organe und Einrichtungen

Artikel I-29: Die Europäische Zentralbank

- (1) Die Europäische Zentralbank steht dem System der Europäischen Zentralbanken vor, dem sie zusammen mit den nationalen Zentralbanken angehört.
- (2) Vorrangiges Ziel des **Systems** ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Unbeschadet des Zieles der Preisstabilität unterstützt das System die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Union, um zur Verwirklichung der Ziele der Union beizutragen. **Das System bestimmt** die Währungspolitik der Union **und führt** alle weiteren Aufgaben einer Zentralbank nach Maßgabe des Teils III der Verfassung und seiner Satzung **aus**.
- (3) Die Bank besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie allein ist befugt, die Ausgabe des Euro als der Währung der Union zu genehmigen. Sie ist in der Ausübung ihrer Befugnisse und ihren Finanzen unabhängig. Die Organe und Einrichtungen der Union sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichten sich, diesen Grundsatz zu achten.

(4) Die Bank erlässt die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Maßnahmen gemäß den Artikeln III-74 bis III-81 und nach Maßgabe seiner Satzung. Gemäß diesen Bestimmungen behalten die Mitgliedstaaten, die den Euro nicht eingeführt haben, sowie deren Zentralbanken ihre Zuständigkeiten im Währungsbereich.

(5) Die Bank wird in ihrem Zuständigkeitsbereich zu allen Vorschlägen für Rechtsakte der Union sowie zu allen Entwürfen für Rechtsvorschriften auf einzelstaatlicher Ebene gehört und kann Stellungnahmen abgeben.

(6) Die Organe der Bank, ihre Zusammensetzung und die Modalitäten ihrer Arbeitsweise sind in den Artikeln III-82 bis III-85 sowie in der Satzung der Bank festgelegt.

Kommentar:

Nur wenige Mitglieder des Konvents reichten Vorschläge ein, wonach die EZB kein Organ sein sollte, allerdings sprachen sich manche dafür aus, die EZB deutlicher von den anderen Hauptorganen abzugrenzen. Dementsprechend wird vorgeschlagen, ein gesondertes Kapitel für die EZB und den Rechnungshof vorzusehen (siehe Kommentar zu Artikel 14).

Mehrere Änderungsvorschläge wurden in Bezug auf die Formulierung von Absatz 1, insbesondere in Bezug auf eine - als solche empfundene - Änderung der Beziehung zwischen der EZB und dem ESZB vorgelegt. Um dieses Problem zu lösen, schlägt das Präsidium vor, diesen Artikel zu ändern und stärker an die bestehende Vertragsformulierung anzulehnen

Artikel I-30: Der Rechnungshof

(1) Der Rechnungshof nimmt die Rechnungsprüfung wahr.

(2) Er prüft die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben der Union und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung.

(3) Der Rechnungshof besteht aus einem Staatsangehörigen je Mitgliedstaat. Seine Mitglieder üben ihre Aufgaben in voller Unabhängigkeit aus.

Kommentar:

Es gab sehr wenige Änderungsvorschläge zum Text dieses Artikels. Eine Reihe von Konventsmitgliedern (de Vries, Hjelm-Wallén, Fischer) legte jedoch grundlegende Vorschläge zur Änderung der Arbeitsweise des Rechnungshofs vor, wobei insbesondere von der Regelung, wonach ein Staatsangehöriger je Mitgliedstaat Durchführungsaufgaben im Rechnungshof wahrnimmt, abgewichen und die Einsetzung eines Leitungsausschusses angeregt wurde. Diese Änderungen müssten im Rahmen etwaiger Änderungen der Artikel von Teil III bezüglich des Rechnungshofs geprüft werden.

Artikel I-31: Die beratenden Einrichtungen der Union

- (1) Das Europäische Parlament, der Ministerrat und die Kommission werden von einem Ausschuss der Regionen sowie einem Wirtschafts- und Sozialausschuss unterstützt, die beratende Aufgaben wahrnehmen.
- (2) Der Ausschuss der Regionen setzt sich aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zusammen, die entweder ein Amt in einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung politisch verantwortlich sind.
- (3) Der Wirtschafts- und Sozialausschuss setzt sich zusammen aus Vertretern der Organisationen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und anderer Vertreter der Zivilgesellschaft, insbesondere aus den Bereichen Wirtschaft und Soziales, staatsbürgerliches Engagement, Beruf und Kultur.
- (4) Die Mitglieder des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses sind an keine Weisungen gebunden. Sie üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Union aus.
- (5) Die Bestimmungen über die Zusammensetzung dieser Ausschüsse, die Ernennung ihrer Mitglieder, ihre Befugnisse und ihre Arbeitsweise sind in den Artikeln III-288 bis III-294 der Verfassung festgelegt. Die Bestimmungen über die Zusammensetzung werden in regelmäßigen Abständen vom Rat auf Vorschlag der Kommission überprüft, um der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Entwicklung in der Union Rechnung zu tragen.

Kommentar:

Der ursprüngliche Text wurde im Großen und Ganzen begrüßt. Nach einer Prüfung jedoch unterstützt das Präsidium den Antrag mehrerer Konventsmitglieder, den genauen Wortlaut aus den derzeitigen Verträgen in Absatz 2 aufzunehmen.

o
o o

Das Präsidium hat beschlossen, seinen Vorschlag für einen etwaigen Artikel X für Titel VI über "Das demokratische Leben der Union" nicht aufrechtzuerhalten.

=====